



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 12.10.2010

Niederschrift

über die **10. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 23.09.2010, 16:00 Uhr bis 19:06 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Manfred Waddey	GRÜNE
---------------------	-------

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Kron	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Jörg van Geffen	SPD	
Herr Henk Benthem van	CDU	(bis 18.45 Uhr)
Frau Gisela Manderla	CDU	(ab 16.07 Uhr)
Herr Lars Möller	CDU	
Herr Karsten Möring	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	(für RM Wolter; bis 17.20 Uhr)
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP	
Herr Karel Sen. Schiele	pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Arenz	Die Linke.
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Christian Joisten	SPD	(ab 16.19 Uhr)
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU	
Herr Thomas Werner	auf Vorschlag der CDU	

Herr Lino Hammer	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Carola Steiner	auf Vorschlag der Grünen	(16.07 Uhr bis 18.30 Uhr)
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen	(bis 19.00 Uhr)
Herr Andreas Feld	auf Vorschlag der SPD-Fraktion	
Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP	(bis 17.50 Uhr)
Herr Waldemar Staudenherz	auf Vorschlag pro Köln	
Herr Franz-Albert Krämer	auf Vorschlag die Linke.Köln	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock
Herr Dieter Pannecke
Frau Yeliz Karadeli-Yasar

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat Planen und Bauen
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Ralf Mayer	Amt für öffentliche Ordnung
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat Planen und Bauen
Herr Werner Stüttem	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Frau Angela Thiemann	Bauverwaltungsamt

Schriftführerin

Frau Angela Krause
Dezernat Planen und Bauen

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Ferdinand Schmitz
auf Vorschlag der CDU

Ausschussvorsitzender Waddey eröffnet die 10. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt erweitert werden soll:

- Zu 1.1 Geplanter Turbokreisel Großkreuzung Roonstraße/Lindenstraße
hier: Anfrage der Freie Wähler Köln aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 07.09.2010, TOP 1.2
3798/2010
Stellungnahme der Verwaltung als Tischvorlage
- 2.1 Antrag der Freie Wähler Köln vom 31.08.2010 betreffend
Geplanter Kreisverkehr Roonstraße/Lindenstraße
verwiesen aus der Ratssitzung am 14.09.2010
- 5.7 Teilergebnisplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
hier: Zoobrücke , Lose A und Z1
0529/2010
- 5.8 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Mehrkosten bei den Ausbaugewerken (Rollrauschürzen), Übernahme der nichtzuwendungsfähigen Mehrkosten durch die Stadt Köln im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahnvertrages
3314/2010
- 5.9 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung
Hier: Aufgabe 324.3 Überwachung fließender Verkehr
- Einsparvorschlag 1: Neuorganisation und Umstrukturierung der Geschwindigkeitsüberwachung, sowie Erhöhung der Einnahmen durch mehr Personal
- Einsparvorschlag 2: Ausweitung der stationären Überwachung durch drei zusätzliche Starenkästen
3760/2010
- 5.10 Förderprogramm des Bundes für Investitionen in nationale Welterbestätten
hier: Zuwendungsantrag für das Projekt "Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium", Erhöhung der Auszahlungsermächtigung in 2012 und 2013, und Freigabe investiver Auszahlungsermächtigung
3690/2010
Tischvorlage
- 6.1 Brücke Aachener Weiher
Anfrage des Ratsmitgliedes Thor-Geir Zimmermann vom 05.09.2010 -
AN/1593/2010
3935/2010
- 6.2 Querungshilfen auf dem Schiefersburger Weg
hier: Anfrage des RM van Geffen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 07.09.2010, TOP: 8.7
3894/2010

Tischvorlage

- 6.3 Venloer Straße Einbahnstraße
Anfrage des RM Zimmermann aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 07.09.2010, TOP 1.6
3976/2010
Tischvorlage
- 6.4 Tempo 50 Riehler Straße
hier: Anfrage des RM Zimmermann aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 07.09.2010, TOP 1.4
3995/2010
Tischvorlage
- 6.5 Schutzstreifen für Radfahrer auf der Vorgebirgstraße
hier: Nachfragen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 29.06.2010, TOP 5.1
3762/2010
Tischvorlage
- 7.2 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln; hier: Schanzenstraße - Einrichtung einer Buslinie zur Interimsspielstätte der Oper
Hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 11.05.2010, TOP 4.5
3559/2010
- 7.3 Buslinie Schanzenstraße/Opernbus
3932/2010
Tischvorlage
- 7.4 Verkehrssimulation der Kreuzung Nord-Süd Stadtbahn mit dem Gustav-Heinemann-Ufer
4021/2010
Tischvorlage

II. Nichtöffentlicher Teil

- 12.1 Bedarfsfeststellung für eine befristete externe Personalgestellung Abteilung Neubau beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau
3544/2010

Ausschussvorsitzender Waddey schlägt vor, die TOP

1.1 Geplanter Turbokreisel Großkreuzung Roonstraße/Lindenstraße
hier: Anfrage der Freie Wähler Köln aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 07.09.2010, TOP 1.2,

2.1 Antrag der Freie Wähler Köln vom 31.08.2010 betreffend
Geplanter Kreisverkehr Roonstraße/Lindenstraße

zusammen mit der Verwaltungsvorlage unter TOP

4.2 Ersatz von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Knotenpunktbetriebsformen

hier: Kreuzung Roonstraße/Lindenstraße
0946/2010

zu behandeln.

Zu TOP

5.9 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung

Hier: Aufgabe 324.3 Überwachung fließender Verkehr

- Einsparvorschlag 1: Neuorganisation und Umstrukturierung der Geschwindigkeitsüberwachung, sowie Erhöhung der Einnahmen durch mehr Personal

- Einsparvorschlag 2: Ausweitung der stationären Überwachung durch drei zusätzliche Starenkästen

3760/2010

legt RM Kirchmeyer für die FDP-Fraktion dar, dass sie hierzu bereits im Vorfeld Fristeneinrede geltend gemacht habe. Die sehr umfangreiche Vorlage habe sie erst am 22.09.2010 erreicht und sie habe keine Gelegenheit gehabt, sie zu lesen. Eine Beratung und Beschlussfassung in der heutigen Sitzung lehne sie daher vehement ab, zumal sie auch die Dringlichkeit nicht nachvollziehen könne. Die Einnahmen, die zu Grunde gelegt werden könnten, seien fiktiv und resultieren nicht direkt im nächsten Jahr.

RM Möring schließt sich seitens der CDU-Fraktion im Wesentlichen seiner Vorrednerin an. Angesichts des Umfangs der Vorlage und des nicht gerade unsensiblen Themas halte er es für sehr unverfroren, die Vorlage derart verfristet auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Mayer, Vertreter des Amtes für öffentliche Ordnung, wendet ein, dass die Verwaltung hingegen die Dringlichkeit durchaus sehe. Es handele sich hier um eine Maßnahme zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Die Verwaltung beabsichtige, an Unfallhäufungspunkten so schnell wie möglich Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen. Jeder Unfall in der Zwischenzeit sei einer zuviel. Er bitte den hiesigen Ausschuss eindringlich, die Vorlage in der heutigen Sitzung zu beraten.

Ausschussvorsitzender Waddey schlägt vor, die Vorlage heute zu diskutieren und sie ohne Votum in den Rat zu verweisen.

RM Kirchmeyer lehnt diesen Vorschlag ab; sie betont nochmals, dass sie nicht über eine Vorlage diskutieren könne, die sie nicht gelesen habe. Zudem sei sie nun irritiert, dass die Verwaltung das Argument „Unfallhäufungspunkt“ heranziehe. In einer der letzten Sitzungen vor der Sommerpause habe die Verwaltung eine Mitteilung über die

Unfallhäufungspunkte im Stadtgebiet vorgelegt. In diesem Zusammenhang hätte die Verwaltung zeitnah und fristgerecht die in Rede stehende Vorlage fertigen und vorlegen können.

RM van Benthem merkt an, dass es auch andere neuralgische Unfallpunkte gebe, die mindestens genauso wichtig seien. Für eine seriöse Beratung müsse den Ausschussmitgliedern zunächst Gelegenheit gegeben werden, die Vorlage zu lesen. Die CDU-Fraktion fordere die Verwaltung auf, die Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen. Er habe den Eindruck, die Verwaltung nehme die Ratsmitglieder nicht ernst.

SB Möller weist darauf hin, dass es hier – nach Aussage der Verwaltung – nicht nur um Einnahmenerhöhung sondern vielmehr auch um die Verkehrssicherheit gehe; insofern sollte dem hiesigen Ausschuss, der der Fachausschuss für das Thema sei, Zeit gegeben werden, sich mit der Vorlage zu beschäftigen und zu gegebener Zeit zu beraten.

Ausschussvorsitzender Waddey gibt zu Bedenken, dass die Durchführung einer Sondersitzung vor der Ratssitzung am 07.10.2010 angesichts der Terminzwänge der nächsten Wochen nicht möglich sei; gleichwohl sehe er die Notwendigkeit, sie in der kommenden Ratssitzung zu behandeln. Auch er betont, dass die Verfristung sehr ärgerlich sei und plädiert angesichts der vorangegangenen Diskussion für eine Nichtberatung in der heutigen Sitzung. Die gründliche Vorberatung im Fachausschuss sei von wesentlicher Bedeutung für die abschließende Beschlussfassung im Rat. Die Verwaltung möge sich nun überlegen, wie hier weiter verfahren werden könne; ggf. komme eine Sondersitzung nach dem 07.10. mit einer anschließenden Entscheidung im Hauptausschuss in Betracht.

- Der Verkehrsausschuss beschließt einvernehmlich, die Vorlage nicht in die Tagesordnung aufzunehmen.

Mit den übrigen Zusetzungen ist der Ausschuss einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 1.1 Anfrage der Freie Wähler Köln vom 31.08.2010 betreffend
Geplanter Turbokreisel Großkreuzung Roonstraße/Lindenstraße
AN/ 1538/2010

Stellungnahme der Verwaltung
3798/2010

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 2.1 Antrag der Freie Wähler Köln vom 31.08.2010 betreffend
Geplanter Kreisverkehr Roonstraße/Lindenstraße

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 4.1 Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am Verteilerkreis Köln
0125/2010
- 4.2 Ersatz von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Knotenpunktbetriebsformen
hier: Kreuzung Roonstraße/Lindenstraße
0946/2010
- 4.3 Umgestaltung Christophstraße, Gereonstraße, Unter Sachsenhausen mit Schutzstreifen für den Radverkehr und für einen Kreisverkehr Gereonstraße/Mohrenstraße
1147/2009
- 4.4 Bedarfsfeststellung für Generalinstandsetzung von Gehwegen in Köln Neustadt-Nord
3053/2010
- 4.5 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Sanierung der Stadtbahnhaltestelle Frankfurter Straße in Köln - Höhenberg
0359/2010
- 4.6 Teilplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Umbau der Stadtbahnhaltestelle Aachener Straße / Gürtel - Linie 13 Richtung Sülzgürtel
0360/2010
- 4.7 Beschluss über die Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2
ÖPNVG NRW für das Jahr 2010
3355/2010
- 4.8 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Zoobrücke
Baulose Z1, Z2 und D
Objektbezogene Schadensanalyse
3444/2010

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 5.1 Businessplan Industrie
5431/2010
-zurückgezogen-
- 5.2 Baubeschluss für den nachträglichen Einbau von zwei Aufzügen und zwei zusätzlichen Zugängen in die Stadtbahnst. Neusser Str./Gürtel sowie Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlung gem. analog § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln 2008 / 2009 sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-5-7110, Hst. Neusser Str./Gürtel-Einbau v. Aufzügen, Hj. 2010
3147/2010
- 5.3 Gesamtinstandsetzung der Kölner Rheinbrücken
Zusätzlicher Stellen- bzw. Personalbedarf
1729/2010
- 5.4 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Südbrücke
Instandsetzung der Fuß- und Radwege
hier: Erneuerung von Zwischendecken in den linksrheinischen Treppenhäusern
3177/2010
- 5.5 Neunte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29. Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
3357/2010
- 5.6 Vorzeitige Teilinbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn zwischen Dom/Hbf und Heumarkt
3680/2010
- 5.7 Teilergebnisplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
hier: Zoobrücke , Lose A und Z1
0529/2010
- 5.8 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Mehrkosten bei den Ausbaugewerken (Rollrauschürzen), Übernahme der nichtzuwendungsfähigen Mehrkosten durch die Stadt Köln im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahnvertrages
3314/2010
- 5.9 *nicht belegt*
- 5.10 Förderprogramm des Bundes für Investitionen in nationale Welterbestätten
hier: Zuwendungsantrag für das Projekt "Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium", Erhöhung der Auszah-

lungsermächtigung in 2012 und 2013, und Freigabe investiver Auszahlungs-
ermächtigung
3690/2010

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 6.1 Brücke Aachener Weiher
Anfrage des Ratsmitgliedes Thor-Geir Zimmermann vom 05.09.2010 -
AN/1593/2010
3935/2010
- 6.2 Querungshilfen auf dem Schiefersburger Weg
hier: Anfrage des RM van Geffen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses
vom 07.09.2010, TOP: 8.7
3894/2010
- 6.3 Venloer Straße Einbahnstraße
Anfrage des RM Zimmermann aus der Sitzung des Verkehrsausschusses
vom 07.09.2010, TOP 1.6
3976/2010
- 6.4 Tempo 50 Riehler Straße
hier: Anfrage des RM Zimmermann aus der Sitzung des Verkehrsausschus-
ses vom 07.09.2010, TOP 1.4
3995/2010
- 6.5 Schutzstreifen für Radfahrer auf der Vorgebirgstraße
hier: Nachfragen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 29.06.2010,
TOP 5.1
3762/2010

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Radtouren in Köln
3566/2010
- 7.2 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln; hier: Schanzenstraße - Einrichtung
einer Buslinie zur Interimsspielstätte der Oper
Hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 11.05.2010,
TOP 4.5
3559/2010
- 7.3 Buslinie Schanzenstraße/Opernbus
3932/2010
- 7.4 Verkehrssimulation der Kreuzung Nord-Süd Stadtbahn mit dem Gustav-
Heinemann-Ufer
4021/2010

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Aufgang Zülpicher Straße/Südbahnhof
Anfrage des RM Tull
- 8.2 Haltestelle Hansaring
Anfrage des SE Vietzke
- 8.3 Querungshilfe an der Eiler Straße/Schloss Röttgen
Anfrage des RM dos Santos Herrmann
- 8.4 Dürener Straße, Abschnitt zwischen Militärringstraße und Autobahn
Anfrage des RM Kron
- 8.5 Ausfall der LSA Am Bilderstöckchen/Escher Straße
Anfrage des RM van Geffen
- 8.6 Aufzüge an Haltestellen
Anregung des SE Arenz

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 12.1 Bedarfsfeststellung für eine befristete externe Personalgestellung Abteilung
Neubau
3544/2010

13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

15 Mitteilungen der Verwaltung

- 15.1 Vergabe von Ingenieuraufträgen vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik
3647/2010

16 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der Freie Wähler Köln vom 31.08.2010 betreffend Geplanter Turbokreisel Großkreuzung Roonstraße/Lindenstraße AN/ 1538/2010

Stellungnahme der Verwaltung 3798/2010

Hinweis: Der Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit TOP 4.2 behandelt.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der Freie Wähler Köln vom 31.08.2010 betreffend Geplanter Kreisverkehr Roonstraße/Lindenstraße

Hinweis: Der Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit TOP 4.2 behandelt.

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am Verteilerkreis Köln 0125/2010

RM dos Santos Herrmann regt für die SPD-Fraktion an, sich den Beschlüssen der Bezirksvertretung bzw. des Stadtentwicklungsausschusses anzuschließen. Zudem bitte sie die Verwaltung, bei der weiteren Prüfung der Variante D darzustellen, welche Möglichkeiten zur Lärminderung bzw. –schutz gegeben seien und inwieweit eine frühzeitige Bürgerinformation möglich sei.

Für die CDU-Fraktion beantragt RM Möring, bei den weiteren Untersuchungen die Variante D nicht weiter zu verfolgen. Es handele sich hier für den abfließenden Verkehr um die schlechteste Lösung mit den größten Wegen. Außerdem befinde sich auf der Fläche D der hochwertigste Bewuchs mit Bäumen, der angegriffen werden müsste, und die dichteste Wohnbebauung anliegend. Aus ihrer Sicht sollte die weitere Untersuchung auf die drei anderen Varianten beschränkt werden. Variante C halte seine Fraktion für kaum realisierbar.

RM Tull schließt sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Vorschlag von RM dos Santos Herrmann an. Jedoch halte auch sie Variante C aus städtebaulicher Sicht für wenig sinnvoll.

Seitens der FDP-Fraktion unterstützt RM Kirchmeyer die Ausführungen ihrer Vorrednerinnen. Hinsichtlich der vorliegenden Machbarkeitsstudie zeigt sie sich irritiert über die auf S. 31 gemachten Ausführungen, eine Anrampung zu bauen, um die Überfahrthöhe von immerhin ca. 6 m erreichen zu können. Sie fragt, ob dieser Absatz vorsorglich gestrichen werden könnte.

BG Streitberger weist darauf hin, dass eine Querung des Kreisels bei den gegebenen Verkehrsverhältnissen nur ober- oder unterhalb in Betracht komme, wobei er eine Querung oberhalb des Kreisels aus städtebaulicher Sicht nicht favorisiere. Im Grunde genommen handele es sich nicht um die 4. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn – diese habe nur drei – sondern vielmehr um eine etwaige Verlängerung. Diese sei sehr bedeutsam für die Beratungen zur Neuaufstellung des Nahverkehrsplanes. Es müssen dann für dieses Projekt Kosten und Nutzen bewertet werden. Er persönlich sei eher skeptisch und glaube, dass es nicht in absehbarer Zeit realisiert werden könne, zumal das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auslaufe. Er hoffe jedoch, dass ein Nachfolgegesetz auf den Weg gebracht werde. Wichtig sei es für die nahe Zukunft, die Nord-Süd Stadtbahn mit der Haltestelle dort, wo die ersten Wohneinheiten seien, zu vollenden, und nicht jenseits der Militärringstraße.

Auf Nachfrage des RM dos Santos Herrmann Herrmann, ob und wie sicher gestellt werde, dass die gewählte Variante nicht mit der Förderung der 3. Baustufe kollidiere, entgegnet BG Streitberger, dass für die P+R-Anlage andere Finanzmittel zur Verfügung stünden, beispielsweise Stellplatzablösemittel.

RM Tull betont, dass eine Querung über die Militärringstraße hinaus durchaus auch zum jetzigen Zeitpunkt von Interesse sei. Grundsätzlich sei es zwar richtig, Haltestellen in Bereichen zu bauen, die auch eine entsprechend hohe Bevölkerungszahl aufweisen. Jedoch lägen im vorliegenden Fall die nächsten Wohnflächen relativ weit auseinander, sowohl bei Variante D als auch bei den anderen. Variante A habe den Vorteil, dass hier eine relativ große P+R-Anlage, die auch einen unmittelbaren Anschluss an die Autobahn habe, erstellt werden könnte, ohne dass eine Lärmbelastung für andere Flächen in der Umgebung entstehen würde. Sie möchte diese Frage ernsthaft geprüft haben. Sie glaube zudem, dass es auch nach Auslauf des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes weitere Finanzierungsmöglichkeiten für die Kommunen und für die Erstellung von Infrastruktur geben müsse und werde.

BG Streitberger äußert auch seitens der Verwaltung die Hoffnung auf eine Nachfolgeverordnung. Zudem hoffe er, dass diese auch dazu genutzt werden könne, die bestehende Infrastruktur – beispielsweise die Tunnel und Haltestellenbauwerke - zu erhalten; dies sei derzeit die größere Sorge.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, erläutert ergänzend, dass nach einer bereits früher durchgeführten Untersuchung eine Verlängerung weder ebenerdig noch unterirdisch verlaufen könne. Zum Einen laufe mitten durch den Kreisverkehr der sog. Sammler-Süd, ein Kanal mit einem Durchmesser von immerhin 4 m; zum Anderen befinde sich die gesamte Verkehrsanlage ab dem Militärring in der Wasserschutzzone II. In der weiteren Folge müsse eine unter- und eine oberirdische Lösung zudem durch die Wasserschutzzone I gebaut werden; hier gebe es jedoch ein absolutes Bauverbot.

Ausschussvorsitzender Waddey stellt zunächst den Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

1. Beschluss:

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Variante D wird aus den weiteren Untersuchungen heraus genommen und nicht weiter verfolgt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion und die Fraktion pro Köln **abgelehnt**

2. Beschluss:

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion

Bei Variante D möge die Verwaltung darzustellen, welche Möglichkeiten zur Lärmmin-derung bzw. zum Lärmschutz gegeben seien und inwieweit eine frühzeitige Bürgerin-formation möglich sei.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3. Beschluss:

Beschluss in der Fassung des Stadtentwicklungsausschusses und Ergän- zungsantrag der SPD-Fraktion

Der Verkehrsausschuss nimmt die Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am Verteilerkreis Köln zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auch die Standorte A, B und D auf

1. die Möglichkeit einer zusätzlichen direkten Anbindung an die BAB 555 hin zu untersuchen und zu bewerten,
2. die Auswirkungen der 3. und 4. Baustufe der Stadtbahn auf die einzelnen Standorte aufzuzeigen.

Ferner wird die Verwaltung gebeten, die Vertragsverhältnisse mit den Pächtern der Tankstellen der Flächen A und B darzulegen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, unter welchen Bedingungen bei Variante A eine Verlegung der (vorläufigen) Endhaltestelle auf das Tankstellen-areal möglich wäre.

Bei Variante B möge die Verwaltung Möglichkeiten aufzeigen, wie sich die vorgese-henen Stellplätze auch ohne größeren Eingriff in den Grünbestand realisieren lassen.

Bei Variante D möge die Verwaltung darzustellen, welche Möglichkeiten zur Lärmmin-derung bzw. zum Lärmschutz gegeben seien und inwieweit eine frühzeitige Bürgerin-formation möglich sei.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.2 Ersatz von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Knoten- punktbetriebsformen hier: Kreuzung Roonstraße/Lindenstraße 0946/2010

1.1 Anfrage der Freie Wähler Köln vom 31.08.2010 betreffend Geplanter Turbokreisel Großkreuzung Roonstraße/Lindenstraße AN/ 1538/2010

Stellungnahme der Verwaltung 3798/2010

2.1 Antrag der Freie Wähler Köln vom 31.08.2010 betreffend Geplanter Kreisverkehr Roonstraße/Lindenstraße

Die Tagesordnungspunkte werden wegen Sachzusammenhangs zusammen behandelt.

RM Hoffmann nimmt zunächst Stellung zu seinem unter TOP 2.1 eingereichten Antrag.

RM dos Santos Herrmann merkt seitens der SPD-Fraktion an, dass diese dem Antrag nicht folgen könne, da die Errichtung eines Kreisels verkehrspolitisch sinnvoll erscheine und durchaus mit den Ideen des Städtebaulichen Masterplans im Einklang stehe. Köln brauche Straßen, in denen der Verkehr möglichst zügig abfließen könne. Mit Blick auf die Diskussionen im Stadtentwicklungsausschuss könne auch sie sich zunächst ein Provisorium vorstellen; sie bitte die Verwaltung jedoch, die Vorschläge mit Zahlen und Daten zu hinterlegen. Von besonderem Interesse sei, welche Auswirkungen baulicher und finanzieller Art die Einrichtung eines einfachen Kreisels habe und ob zu einem späteren Zeitpunkt ggf. der Umbau in einen Turbokreisel problemlos möglich sei.

Für die CDU-Fraktion erinnert RM Möring an die Diskussionen im ersten Beratungsgang, in dem er dargelegt habe, dass seine Fraktion den Turbokreisel präferiere. Gleichwohl müsse angesichts der Haushaltslage der finanzielle Aspekt dieser Neumaßnahme kritisch betrachtet werden, so dass zunächst gänzlich andere, kostengünstigere Maßnahmen untersucht werden sollten. SB Möller werde daher im weiteren Diskussionsverlauf hierzu einen Vorschlag unterbreiten. Einen provisorischen „aufgezeichneten“ Turbokreisel halte er für nicht realisierbar, eine andere Form dort zu prüfen – einen einfachen Kreisels – für nicht sinnvoll.

Auf den Antrag des RM Hoffmann eingehend weist RM Tull darauf hin, dass es nicht Folge des Masterplans sein könne, an keiner Stelle in der Innenstadt mehr Veränderungen vornehmen zu können. Hier gehe es nicht um die grundsätzliche Änderung von Verkehrsströmen, sondern vielmehr um den Umbau einer Kreuzung um allen Verkehrsteilnehmern gerechter zu werden. Sie glaube nicht, dass die Einrichtung eines Kreisels – ob Turbokreisel oder einfacher Kreisels – andere Projekte des Masterplans gefährde; insofern lehne die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag des RM Hoffmann ab. Auch sie möchte an die Anregungen aus dem Stadtentwicklungsausschuss anknüpfen und untersucht haben, ob und wie ein derartiges Provisorium hergerichtet werden könne. Ihre Fraktion sei jedoch der festen Überzeugung, dass an dieser Kreuzung ein einfacher Kreisverkehr ausreiche. Dies würden auch vergleichbare Bereiche im Stadtgebiet belegen. Sie plädiere daher für einen Verkehrsversuch mit einem einfachen Kreisels; sollte dieser fehlschlagen, müsse eine neue Entscheidung gefällt werden. Auch sie bitte die Verwaltung, die Kosten und Möglichkeiten für diesen Verkehrsversuch in der nächsten Sitzung darstellen.

RM Kirchmeyer legt dar, dass der Antrag des RM Hoffmann – bezogen auf die Diskussionen im Stadtentwicklungsausschuss – durchaus einen gewissen Charme habe. Der Erprobung durch ein Provisorium könne sie sich jedoch auch anschließen. Bezugnehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung plädiere sie jedoch auch weiterhin eindringlich für eine Öffnung der Schaafenstraße.

SE Arenz steht dem Turbokreisel aufgrund dessen Dimension und Konstruktion äußerst ablehnend gegenüber. Erfahrungen aus anderen Ländern würden zeigen, dass auch einfache Kreisel funktionstüchtig seien.

SB Möller berichtet, dass die häufigste Unfallursache an diesem Knotenpunkt der Linksabbieger sei, der die Kreuzung räume und mit dem Geradeausverkehr kollidiere. Die Verwaltung sollte daher aus seiner Sicht anhand der Verkehrsprogramme simulieren, ob die Möglichkeit eines Nachlaufs für die Linksabbieger eingerichtet, Haltelinien vorgezogen und somit auf einen Kreisverkehr verzichtet werden könnte. Unbestritten sei, dass ein Kreisverkehr mit niedrigen Kosten langfristig günstiger sei als eine zu erneuernde Lichtsignalanlage. Er befürchte jedoch, dass die in der Vorlage genannten Kosten für den Kreisel eher die unterste Grenze seien; er wisse aus eigener Erfahrung um die Schwierigkeit einer verlässlichen Kostenschätzung in einem frühen Planungsstadium, bitte aber nochmals um eine vertiefende Prüfung.

BG Streitberger sagt zu, die heute aufgeworfenen Fragen und Vorschläge mitzunehmen und die Ergebnisse der Prüfung zeitnah in einer der nächsten Sitzungen vorzulegen. Es bestünde Einvernehmen, hier eine gute Lösung zu finden, da der Unfallschwerpunkt an dieser Stelle nicht wegzudiskutieren sei. Auch die vorhandene Lichtsignalanlage sei bereits in die Jahre gekommen und könne nicht beliebig nachgerüstet werden. Eine endgültige Entscheidung in der Sache erst in der nächsten oder übernächsten Sitzung verschlage nichts.

Hinsichtlich des Vorschlages der CDU-Fraktion merkt RM Tull an, dass die weiteren Prüfungen der Verwaltung sicherlich abgewartet werden müssen; jedoch sollte die Richtung aus ihrer Sicht schon eindeutig sein, d.h. Ersatz der Lichtsignalanlage durch einen Kreisverkehr.

Abschließend besteht Konsens, die Beschlussfassung sowohl über die Verwaltungsvorlage als auch über den Antrag zurückzustellen.

Beschluss:

Die Beschlussfassung über die Verwaltungsvorlage und den Antrag der Freie Wähler Köln wird zurückgestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die Anregungen und Hinweise aus der heutigen Diskussion zu prüfen und die Ergebnisse zeitnah vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.3 Umgestaltung Christophstraße, Gereonstraße, Unter Sachsenhausen mit Schutzstreifen für den Radverkehr und für einen Kreisverkehr Gereonstraße/Mohrenstraße 1147/2009

RM Tull trägt einen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor (*vgl. auch Anlage 1 zur Niederschrift*).

RM Kirchmeyer moniert, dass ein derart umfangreicher und detaillierter Änderungsantrag nicht frühzeitig schriftlich eingereicht wurde. Eine fraktionsinterne Beratung über Anträge sei oftmals unerlässlich; sie bitte ihre Ausschussskollegen nachdrücklich, künftig anders zu verfahren.

SE Vietzke weist darauf hin, dass es sich hier im Wesentlichen um eine Zusammenfassung der bisher vorgetragenen Anregungen aus den Vorberatungen handele; diese seien allen Ausschussmitgliedern aus den Niederschriften bekannt.

RM Möring schließt sich jedoch der Kritik des RM Kirchmeyer an. Auch er möchte grundsätzlich eine Beratung in den Arbeitskreisen, um anschließend eine fundierte Entscheidung treffen zu können. Aus dem Stehgreif könne er sich in der heutigen Sitzung nicht zu den einzelnen Punkten positionieren.

Ausschussvorsitzender Waddey betont, dass es sich hier zunächst um die Ausführungsplanung und lediglich um Prüfaufträge handele; er denke schon, dass eine Beschlussfassung über diese wichtige Verbindung in der Innerstadt in der heutigen Sitzung erfolgen könne und sollte.

BG Streitberger führt aus, dass sich s.E. die Verlegung des Taxistandes als problematisch erweisen könnte. Im Übrigen werde nun erst eine Bürgeranhörung erfolgen und insofern sei die Verwaltung für alternative Anregungen dankbar. Die Ergebnisse hieraus würden sowohl dem Verkehrsausschuss als auch der Bezirksvertretung vorgestellt. Welche „kleinteiligen“ Änderungen letztendlich zur Ausführung kommen können und sollen, könne der Ausschuss auch noch im Rahmen des Baubeschlusses festlegen.

RM Kirchmeyer schlägt als Kompromisslösung vor, sich die Beschlussformulierung des Stadtentwicklungsausschusses „...unter Berücksichtigung der Diskussionsbeiträge...“ zu eigen zu machen.

Dementsprechend lässt Ausschussvorsitzender Waddey abstimmen.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung – *unter Berücksichtigung der Anregungen des Stadtentwicklungsausschusses und der heutigen Diskussionsbeiträge* - die Ausführungsplanung für den Streckenabschnitt von Christophstraße über Gereonstraße/Unter Sachsenhausen bis zu der Straße An den Dominikanern gemäß dem beigefügten Vorentwurf zu erstellen (Anlagen 1, 2 und 3) und eine Bürgeranhörung durchzuführen. Das Ergebnis der Bürgeranhörung fließt in die weitere Planung ein und wird der Bezirksvertretung und dem Verkehrsausschuss vorgestellt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.4 Bedarfsfeststellung für Generalinstandsetzung von Gehwegen in Köln Neustadt-Nord 3053/2010

RM Tull weist erneut darauf hin, dass es sich im Grunde genommen um Parkflächen handele und eine Pflasterung daher aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht notwendig erscheine; allenfalls eine Aufweitung und Umgestaltung der Fläche am Parkausgang könne sie sich vorstellen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, zeigt auf, dass die Autos in der Tat halb auf der Fahrbahn und halb auf dem Gehweg parken würden. Es gehe hier jedoch darum, ein vorhandenes Straßenland wieder verkehrssicher zu gestalten und es sei nach Einschätzung der Verwaltung nicht sinnvoll, diesen Missstand zu belassen.

Für die FDP-Fraktion merkt RM Kirchmeyer an, dass es hier sicherlich auch um gestalterische Gesichtspunkte gehe. Der Bereich sei durch die neuen Spichernhöfe und die Umgestaltung einiger Altbauten sehr aufgewertet worden; zudem werde der Park stark frequentiert, so dass sie der Verwaltungsvorlage durchaus folgen könne.

RM Möring kann sich für die CDU-Fraktion zwar den Ausführungen des RM Tull, dass Parkflächen keine hochwertigen Beläge erfordern, anschließen; gleichwohl halte er es - wie seine Vorrednerin auch - für angemessen, bei einer hochwertigen Bebauung das Umfeld entsprechend attraktiv zu gestalten. Letztlich möchte er noch wissen, welchen Querschnitt die Straße nach Abzug der Parkflächen haben werde.

BG Streitberger informiert, dass der verbliebene Querschnitt 4,80 m betrage, so dass kein Begegnungsverkehr möglich, sondern vielmehr gegenseitige Rücksichtnahme erforderlich sei. Er betont, dass auch diese Maßnahme dem Sinne des Städtebaulichen Masterplans entspreche und verweist in diesem Zusammenhang auch auf das in Arbeit befindliche Gestaltungshandbuch, das Gestaltungsgrundsätze für einzelne Stadträume festlege. Von diesem verspreche er sich künftig einen anderen Anspruch, eine andere Qualität an den öffentlichen Raum und eine einheitliche Gestaltung innerhalb eines Quartiers.

RM Tull wendet ein, dass bei einer Umsetzung der in Rede stehenden Maßnahme ohne weitere bauliche Änderungen die gleiche Situation wie heute entstehen würde. Sie möchte zumindest sichergestellt wissen, dass der Gehweg auch nach einer Pflasterung nutzbar sei, d.h. der Gehweg müsse die erforderliche Breite ohne Behinderung durch die parkenden Autos aufweisen. Auch die Fahrbahn müsse so ausgestaltet werden, dass sowohl Kfz- als auch Radfahrer diese nebeneinander gefahrlos nutzen können. Wenn die Verwaltung diese Erfordernisse umsetzen könne, schließe ihre Fraktion sich der Verwaltungsvorlage an.

Herr Harzendorf erklärt, dass der ca. 2 m breite Gehweg mittels einer weiß gepflasterten Linie von den Parkflächen getrennt werde. Bei einer Trennung mittels Bordsteinen müssten die komplette Entwässerung sowie die vorhandenen Bordsteine angegangen werden; die Kosten wären dann um einiges höher. Den Begegnungsverkehr auf der Fahrbahn halte er für nicht problematisch; lediglich Lkw's müssen im Begegnungsfall ausweichen. Da es sich jedoch um dicht bewohntes Gebiet mit vielen querenden Fußgängern handele und somit eine gemäßigte Geschwindigkeit gewünscht werde, stelle dies keine Einschränkung dar.

Ausschussvorsitzender Waddey gibt zu Bedenken, dass weiße Trennlinien erfahrungsgemäß nicht immer zum gewünschten Erfolg führen. Er fasst zusammen, dass jedoch grundsätzlich Einvernehmen bestehe, den Bedarf festzustellen. Die Detailplanung sollte jedoch vor Umsetzung der Maßnahme in der Bezirksvertretung und im hiesigen Ausschuss vorgestellt werden.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Erneuerung des westlichen Gehweges an der Spichernstraße zwischen der Gilbachstraße und der Venloer Straße sowie für die Herstellung der Fahrbahneinengung im südlichen Bereich des Zugangs zum Stadtgarten fest und beauftragt die Verwaltung,

- die Detailplanung zu gegebener Zeit der Bezirksvertretung und dem Verkehrsausschuss vorzulegen,
- das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.5 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Sanierung der Stadtbahnhaltestelle Frankfurter Straße in Köln - Höhenberg
0359/2010**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Beschlussfassung wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.6 Teilplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Umbau der Stadtbahnhaltestelle Aachener Straße / Gürtel - Linie 13 Richtung Sülzgürtel
0360/2010**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Beschlussfassung wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.7 Beschluss über die Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2
ÖPNVG NRW für das Jahr 2010
3355/2010**

Ausschussvorsitzender Waddey bittet, die entsprechende Vorlage für das Jahr 2011 frühzeitiger vorzulegen. Zudem möchte er geprüft haben, inwieweit die Mittel für Infrastrukturausbau genutzt werden können.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt:

1. Die ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW für das Jahr 2010 wird unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zu einem Anteil von 95 Prozent für die Beschaffung von Stadtbahnwagen an Verkehrsunternehmen ausgeschüttet, die auf Kölner Stadtgebiet Verkehrsleistungen im Stadtbahnbereich erbringen. Die restlichen 5 Prozent verbleiben bei der Stadt Köln als Aufgabenträgerin zur Verwendung für Zwecke des ÖPNV.
2. Dementsprechend wird die Auszahlung von bis zu 11.976.590,86 € aus der ÖPNV-Pauschale des Jahres 2010 an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) vorgenommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Maßgabe der vorgenannten Bestimmungen der KVB eine Förderung zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.8 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Zoobrücke
Baulose Z1, Z2 und D
Objektbezogene Schadensanalyse
3444/2010**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss erkennt den Bedarf zur Durchführung einer objektbezogenen Schadensanalyse an den Baulosen Z1, Z2 und D der Zoobrücke an und beauftragt die Verwaltung mit der Planung der durchzuführenden Arbeiten und der Vorbereitung der erforderlichen Ausschreibung. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe der Planungsleistungen an ein externes Ingenieurbüro.

Die erforderlichen Mittel stehen im Haushaltsplanentwurf 2010/2011 im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

**5.1 Businessplan Industrie
5431/2010**

Die Vorlage wurde zurückgezogen, da die abschließende Beschlussfassung in der Ratssitzung am 14.09.2010 erfolgte.

**5.2 Baubeschluss für den nachträglichen Einbau von zwei Aufzügen und zwei zusätzlichen Zugängen in die Stadtbahnst. Neusser Str./Gürtel sowie Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlung gem. analog § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln 2008 / 2009 sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-5-7110, Hst. Neusser Str./Gürtel-Einbau v. Aufzügen, Hj. 2010
3147/2010**

SE Hammer berichtet, dass in einer der letzten Sitzungen der Bezirksvertretung Nippes die Umgestaltung des Bereichs Kempener Straße und Neusser Straße bis zum Niehler Kirchweg vorgestellt wurde und diese Planungen aus seiner Sicht auch sehr gelungen seien. Da die in Rede stehende Haltestelle jedoch nicht sehr weit entfernt davon liege, interessiere ihn, ob die Planungen mit den entsprechenden Gestaltungselementen entsprechend ausgeweitet werden können.

RM van Geffen wendet nachdrücklich ein, dass die vorgestellte Umgestaltung frühestens 2013 umgesetzt werde, die Umbaumaßnahmen an der Haltestelle jedoch vorrangig seien und zügig realisiert werden sollten. Er möchte hier keinen Zusammenhang hergestellt haben.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, unterstreicht diese Ausführungen. Für den Bereich rund um die Haltestelle seien noch viele Fragen

offen; die Verwaltung habe den Planungsschnitt daher bewusst an dieser Stelle gesetzt.

Ausschussvorsitzender Waddey stellt klar, dass auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen keine weitere Verzögerung möchte. Jedoch stelle sich die Frage, ob die vorgestellte Raumaufteilung für die Neusser Straße in die Überlegungen für den Haltestellenbereich mit einbezogen bzw. in einem räumlichen Zusammenhang betrachtet werden können. Er rege daher an, sich bei dem für morgen angesetzten Ortstermin zum Verkehrskonzept Weidenpesch ein Bild von den Örtlichkeiten zu machen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich des rechtskräftigen Baurechts und des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) oder alternativ vorbehaltlich der Genehmigung eines vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns sowie vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2010 / 2011 – mit dem nachträglichen Einbau von zwei Aufzügen sowie der Errichtung von zwei zusätzlichen Zugängen in die Stadtbahnhaltestelle Neusser Straße / Gürtel mit städtischen Gesamtkosten in Höhe von 4.532.901,43 EUR.

Der Rat stimmt einer Erhöhung der städtischen Investitionsauszahlungen für diese Stadtbahnmaßnahme in Höhe von 2.776.613,82 EUR zu. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 4.532.901,43 EUR statt 1.756.287,61 EUR. Die Finanzierung der Maßnahme wird durch Veranschlagung im Hpl. 2010 / 2011 sichergestellt.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 2.668.942,69 EUR bei der Finanzstelle 6903-1202-5-7110, Hst. Neusser Str./Gürtel-Einbau v. Aufzug., Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2010.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.3 Gesamtinstandsetzung der Kölner Rheinbrücken Zusätzlicher Stellen- bzw. Personalbedarf 1729/2010

Auf Nachfrage des RM Möring, warum die Stellenzusetzungen unbefristet seien, erläutert Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, dass der voraussichtliche Abschluss der Generalsanierung erst im Jahr 2020 sein werde. Es sei davon auszugehen, dass die Betroffenen im Anschluss daran - durch die natürliche Fluktuation im Amt – problemlos weitere Aufgabenfelder besetzen können. Ein weiterer Grund sei die Tatsache, dass auf befristete Stellenausschreibungen erfahrungsgemäß weit weniger Bewerbungen eingingen als bei unbefristeten Stellenausschreibungen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat erkennt den zusätzlichen Personalbedarf für zwei Stellen (Diplomingenieure, Entgeltgruppe 11 TVöD) für die Projektgruppe Rheinbrücken an und genehmigt die unbefristete Stellenzusetzung.

Die Finanzierung der mit der Einrichtung dieser Stellen verbundenen Mehrkosten erfolgt im Rahmen des vorhandenen Personalkostenbudgets. Soweit das zur Verfügung stehende Personalkostenbudget im jeweiligen Haushaltsjahr überschritten wird, erfolgt soweit möglich eine Kompensation aus den Sachmitteln.

Die notwendigen investiven Auszahlungen zur Einrichtung von zwei Arbeitsplätzen inklusive der laufenden Unterhaltungskosten werden aus vorhandenen Ansätzen finanziert.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.4 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Südbrücke
Instandsetzung der Fuß- und Radwege
hier: Erneuerung von Zwischendecken in den linksrheinischen Treppenhäusern
3177/2010**

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, korrigiert die Vorlage dahingehend, dass die Kosten 300.000 € und für die Alternative 307.500 € betragen. Dementsprechend würden sich auch die Kosten in der Sachverhaltsdarstellung ändern. Eine überarbeitete Fassung werde allen Mitgliedern des Finanzausschusses und des Rates noch schriftlich zugehen.

RM dos Santos Herrmann führt für die SPD-Fraktion aus, dass die verringerten Zahlen zwar grundsätzlich begrüßenswert seien. Dennoch könne sie nach ausführlicher Beratung in der Fraktion dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen. Die Maßnahmen in den linksrheinischen Treppenhäusern müssen vorerst gestoppt werden, da der andere Vertragspartner – die Deutsche Bahn AG – seinen Teil des Vertrages nicht erfüllt habe und die Stadt somit nicht früh genug eingreifen konnte, um die hohen Kosten zu vermeiden. Die SPD-Fraktion schlage daher vor, wie folgt zu beschließen:

„Die Verwaltung wird gebeten, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, dass die Deutsche Bahn AG (DB AG) zukünftig ihrer Pflicht ordnungsgemäß nach kommt. Außerdem wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, in welcher Höhe die DB AG für durch sie verursachte Mehrkosten bei der Stadt in Anspruch genommen werden kann. Diesbezüglich sind mit der DB AG Verhandlungen zu führen. Mit den Ergebnissen wird die Verwaltung gebeten, die Beschlussvorlage erneut vorzulegen.“

Sie wisse, dass es auch in anderen Bereichen Flächen gebe, für die Stadt und DB gemeinsam verantwortlich seien. Es müsse geklärt werden, wie die Zusammenarbeit verbessert werden könne. Verträge müssen eingehalten werden, jedoch von beiden Seiten. Sie habe den Eindruck, die DB entziehe sich ihrer Verantwortung. Dies müsse ihr deutlich klar gemacht werden.

SB Möller legt dar, dass der Vertrag nach Ansicht der CDU-Fraktion hinsichtlich der Kostenübernahme grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt werden müsse. Er bitte die Verwaltung zu klären, ob die Stadt hier in der Tat die vollen Kosten oder lediglich nur Teilkosten übernehmen müsse.

SE Arenz verweist auf die Ausführungen auf S. 3 der Vorlage, wonach nicht erklärbare große Risse in den Außenwänden entdeckt wurden. Er vermute, dass die enorme Nutzung der Brücke durch den Güterverkehr diese verursacht haben und frage sich, ob die in Rede stehenden Maßnahmen überhaupt nachhaltig seien. Zudem halte er

die Treppenhäuser für Angsträume, die es grundsätzlich zu vermeiden gelte. In diesem Zusammenhang spricht er auch die für die kommende Sitzung bereits vorliegende Verwaltungsvorlage zur barrierefreien Anbindung der Südbrücke an. Die Maßnahmen sollten aus seiner Sicht zusammengeführt werden.

Bezug nehmend auf den Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion weist BG Streitberger darauf hin, dass dieser ein Abschließen der Treppentürme für die nächsten Jahren bedeute. Die Verhandlungen mit der DB werden sicherlich nicht in Kürze abgeschlossen sein. Ob ein derartiger Beschluss für die Stadt und die DB hilfreich sei, bezweifle er; es handele sich hier zudem um ein Baudenkmal, das instand gesetzt werden sollte. Die Verwaltung werde jedoch selbstverständlich dem Beschluss Folge leisten. Der Wettbewerb für die barrierefreie Anbindung stehe in der Tat in der kommenden Sitzung zur Entscheidung an; er bitte diese Vorlagen jedoch unabhängig voneinander zu sehen und in der heutigen Sitzung einen Beschluss hinsichtlich der Zwischendecken zu fassen.

Herr Neweling führt ergänzend aus, dass die Schäden durchaus voneinander getrennt werden können. Die Schäden an der Außenfassade seien bereits an die DB weitergegeben worden; es läge nun an ihr, tätig zu werden. Die Ausführungen des Beigeordneten schließe er sich an; auch er fände es bedauerlich, wenn nun nicht weitergebaut werden könne und die Türme verschlossen werden müssen.

Ausschussvorsitzender Waddey entgegnet, dass die Türme grundsätzlich nicht sehr attraktiv seien. Auf der linksrheinischen Seite gebe es zudem die Alternative der Außenaufgänge. Außerdem sei zu befürchten, dass die Treppenhäuser bei einer Sanierung bereits nach kurzer Zeit wieder verschmutzt und die Wände mit Graffiti besprüht seien. Dies lasse sich in einem solchen Bauwerk nicht verhindern. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde sich daher dem Antrag der SPD-Fraktion anschließen.

Auch RM Kirchmeyer spricht sich seitens der FDP-Fraktion gegen die Verwaltungsvorlage aus. Der Einschätzung des SE Arenz, dass die Türme Angsträume seien, schließe sie sich im vollen Umfang an. Eine andere Lösung – auch auf der anderen Rheinseite – würde sie bevorzugen.

RM Tull merkt an, dass dem Verwaltungsvorschlag angesichts der derzeitigen Haushaltslage nicht gefolgt werden könne. Die Ausführungen ihrer Vorredner und Vorrednerinnen könne sie unterstreichen.

Auf Frage der SE Steiner stellt Herr Neweling abschließend dar, dass durch die schadhaften Außenwände durchaus weitere Schäden in den Treppenhäusern entstehen könnten; hier müsse die DB tätig werden.

Ausschussvorsitzender Waddey stellt zusammenfassend fest, dass Einvernehmen bestehe, dem Verwaltungsvorschlag nicht zu folgen und stattdessen die Treppenhäuser zu schließen. Er stellt den Ersetzungsantrag zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss (Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion):

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, dass die Deutsche Bahn AG (DB AG) zukünftig ihrer Pflicht ordnungsgemäß nach kommt. Außerdem wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, in welcher Höhe die DB AG für durch sie verursachte Mehrkosten bei der Stadt in Anspruch genommen werden kann. Diesbezüglich sind mit der DB AG Verhandlungen zu führen. Mit den Ergebnissen wird die Verwaltung gebeten, die Beschlussvorlage erneut vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.5 Neunte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29. Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages 3357/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Beitragsbedarfsberechnungen (Anlagen 4-6 zu diesem Beschluss) zur Kenntnis.

Der Rat beschließt den Erlass der 9. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages - Erschließungsbeitragssatzung – vom 29. Juni 2001 in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.6 Vorzeitige Teilinbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn zwischen Dom/Hbf und Heumarkt 3680/2010

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt der vorzeitigen Teilinbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn zwischen Dom/Hbf und Heumarkt in zwei Stufen zu. Er beauftragt die Verwaltung, den Abschnitt Dom/Hbf bis Rathaus zum Fahrplanwechsel Dezember 2012 und den daran anschließenden Abschnitt bis Heumarkt zum Fahrplanwechsel Dezember 2013 in Zusammenarbeit mit der KVB in Betrieb zu nehmen. Hierfür wird die Linie 5 ab der Haltestelle Dom/Hbf nach Süden verschwenkt. Zur fristgerechten Umsetzung der Teilinbetriebnahme werden Verwaltung und KVB beauftragt, die notwendigen Maßnahmen rechtzeitig umzusetzen.

Die Investitionskosten in Höhe von rund 4 Mio. € werden der KVB gemäß § 7 Nord-Süd Stadtbahn-Vertrag vom 17.07.2002 von der Stadt Köln über den Schuldendienst ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.7 Teilergebnisplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV hier: Zoobrücke , Lose A und Z1 0529/2010

BG Streitberger informiert, dass heute bereits zwei Fahrspuren der Zoobrücke gesperrt werden mussten. Er sei jedoch zuversichtlich, dass die Sperrung in den späten Abendstunden wieder aufgehoben werden könne.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt der Instandsetzung der Fahrbahnübergangskonstruktionen an der Zoobrücke, Lose A und Z1 bei Gesamtkosten in Höhe von 1.882.580,00 Euro zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Mittel stehen im städtischen Doppelhaushaltsplanentwurf 2010/2011 im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.8 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Mehrkosten bei den Ausbaugewerken (Rollrauchschürzen), Übernahme der nichtzuwendungsfähigen Mehrkosten durch die Stadt Köln im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahnvertrages 3314/2010

RM dos Santos Herrmann macht für die SPD-Fraktion deutlich, dass die Maßnahme durchaus sinnvoll erscheine. Gleichwohl handele es sich hier wieder um eine erhebliche Kostenerhöhung, bei der die Frage aufgeworfen werden müsse, warum sie nicht bereits früher angezeigt wurde. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an die erst vor einem halben Jahr vorgelegte Kostensteigerung bei den Ausbaugewerken. Ihre Fraktion möchte die Vorlage noch intern beraten, daher schlage sie vor, sie heute ohne Votum weiter zu verweisen.

SE Vietzke möchte wissen, warum kein Auszug aus der Sitzung des Gestaltungsbeirates vorliege. Zudem bitte er um Prüfung, an welchen Stellen auf die stationären Einglasungen verzichtet werden könne. Notwendig sei diese sicherlich an der Haltestelle Heumarkt. Jedoch entstünden durch die enormen Verglasungen Angsträume ohne soziale Kontrolle. Hier müsse aus seiner Sicht deutlich nachgebessert werden.

Auch RM Kirchmeyer spricht seitens der FDP-Fraktion die Verglasungen an und bittet hierzu um nähere Darstellung.

BG Streitberger weist darauf hin, dass die Sitzungen und somit auch die Niederschriften des Gestaltungsbeirates vertraulich bzw. nichtöffentlich seien; ein Auszug aus der Niederschrift konnte daher nicht umgedruckt werden. Er könne jedoch aus der Sitzung berichten, dass der Gestaltungsbeirat sich nicht in der Lage gesehen habe, eine abschließende Empfehlung auszusprechen; er habe die Maßnahmen jedoch nicht unkritisch gesehen und empfohlen, mit den jeweiligen Architekten Kompromisslösungen zu suchen.

Die Frage des RM dos Santos Herrmann aufgreifend erläutert Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, dass zum damaligen Zeitpunkt zwar schon die Überlegung bestanden habe, die ursprünglich vorgesehenen mobilen Rauchschürzen zu ersetzen. Allerdings sei die Planung, die in Abstimmung mit den gestalterisch tätigen Architekten der jeweiligen Haltestellen durchgeführt wurde, noch nicht abgeschlossen gewesen. Erst nach Abschluss dieser Planung – im Sommer dieses Jahres – konnte eine Bepreisung vorgenommen werden. Hintergrund der Änderung seien die höheren Brandschutzauflagen der letzten Jahre. Die mobilen Rauchschürzen werden diesen zwar auch gerecht; Erfahrungen aus anderen Städten – Bochum und Hamburg – hätten jedoch gezeigt, dass diese mobilen neuen Anlagen erhebliche Folgekosten durch enorm hohe Ausfallzeiten verursachen. Bei vier Haltestellen sei die KVB mit den Architekten zum Ergebnis gelangt, dass es sinnvoller sei, ein Großteil der mobilen Rauchschürzen durch feste Verglasungen zu ersetzen. Diese führe neben der Erhöhung der investiven Kos-

ten – nachhaltig betrachtet 116.000 € jährlich - zwar zu geringeren Folgekosten für die Wartung und Instandhaltung, die jedoch im Vergleich zur Investition marginal seien, nämlich 140.000 € jährlich. Er bitte um Verständnis, dass die Mehrkosten nicht zu einem früheren Zeitpunkt vorgelegt wurden; die Erfahrungen aus den anderen Städten seien jedoch relativ aktuell.

Anhand einer Präsentation stellt er anschließend die geplante Optimierung der Rauchschutzmaßnahmen in den vier Haltestellen vor.

RM dos Santos Herrmann sieht sich in ihrer Einschätzung bestätigt, dass eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung nicht möglich sei. Sie bittet, für die abschließende Entscheidung im Rat die Erfahrungen der anderen Städte mit Zahlen und Daten zu hinterlegen. Zudem bezweifle sie nach dem sehr anschaulichen Vortrag, dass die Folgekosten wirklich marginal sein werden. Aus ihrer Sicht sei es ein enormer Aufwand, die Einglasungen ordentlich und sauber zu halten. Auch hierzu bitte sie um eine weitergehende Bewertung.

SB Möller möchte wissen, warum die Haltestelle Heumarkt – hier wird das Treppenhaus an drei Seiten mit Glas eingehaust, die vierte Seite mit Beton – komplett verglast werden müsse und nicht vielmehr der Raum horizontal abgeschnitten werden könnte. Dies sei aus seiner Sicht wesentlich kostengünstiger.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert RM Tull ihr Unverständnis über den Druck, die Planung jetzt zu verändern. Die vorgetragenen Argumente seien aus ihrer Sicht unzureichend bzw. nicht plausibel und gewichtig genug und sollten noch verstärkt werden. Auch die Gestaltung der Haltestelle, insbesondere am Chlodwigplatz, halte sie für nicht sehr attraktiv.

RM Kirchmeyer schließt sich diesen Ausführungen mit Nachdruck an. Sie erinnert in diesem Zusammenhang auch an die Verglasung der Rodenkirchener Brücke, die oftmals mit Graffiti beschmiert oder auch zerstört werde. Auch sie könne der Vorlage heute nicht zustimmen.

SB Schiele spricht den ungewissen Zeitpunkt der vollständigen Inbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn an. Für ihn mache es keinen Sinn, nun kostspielige Planungsänderungen vorzunehmen, wenn nicht absehbar sei, in wie vielen Jahren die Stadtbahn in Betrieb genommen werde. In einigen Jahren seien vermutlich auch wieder andere Auflagen und Bestimmungen maßgeblich.

SE Feld möchte einen genaueren Vergleich der Reinigungskosten für die Einglasungen mit den Wartungskosten für die mobilen Rauchschürzen.

Herr Höhn sagt zu, alle aufgeworfenen Fragen und Hinweise aufzunehmen und bis zur Ratssitzung am 07.10. erneut Stellung zu beziehen bzw. eine transparente Darstellung vorzulegen. Angesichts der unter TOP 5.6 beschlossenen vorzeitigen Teilerbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn benötige die KVB eine abschließende Entscheidung in der kommenden Ratssitzung.

RM Möring führt aus, dass es auch sehr bedauerlich sei, dass mit einem erheblichen Aufwand Architekten mit der Gestaltung der Haltestellen beauftragt wurden und nun deren Arbeit im Nachhinein „zunichte“ gemacht werde. Von Interesse sei für ihn auch die Frage, welche konkreten Erfahrungen mit dem Ausfall von mobilen Anlagen gemacht wurden, d.h. welcher Zeitraum für eine etwaige Reparatur angesetzt werden müsse.

Auch RM Kirchmeyer erkundigt sich nach konkreten Vorfällen in den anderen Städten, beispielsweise wie oft und wie lange die Anlagen ausgefallen seien.

SB Möller verweist auf das bereits genehmigte Brandschutzkonzept und fragt, ob es nun neuere Erkenntnisse oder Forderungen der Aufsichtsbehörde gebe.

Auf die Fragen der RM Möring und Kirchmeyer eingehend erläutert Herr Höhn, dass die Ausfälle der Anlagen in Bochum und Hamburg sehr differenziert waren. Gehe eine Sicherung kaputt, handele es sich lediglich um einen kurzen Ausfall; verhake sich jedoch die Mechanik, dann sei der Ausfall länger. Da die mobilen Anlagen zudem relativ neu seien, seien die der KVB bekannten Erfahrungswerte hinsichtlich der Dauer der möglichen Ausfallzeiten und des Aufwandes für Reparaturen nicht so hoch. Aufgabe der KVB sei es, die Fahrgäste sicher von A nach B zu transportieren; die Funktionalität eines Haltestellenbauwerkes habe daher oberste Priorität. Den Brandschutzauflagen werde auch mit den mobilen Rauchschürzen genüge getan; allerdings müsse bei einer Störung bzw. einem Ausfall der Anlagen mit den Behörden abgewogen werden, ob die Haltestelle geräumt werde, der Bereich gesperrt werde oder die Bahnen „lediglich“ durchfahren können. Letztendlich sei es eine Einzelfall bezogene Entscheidung.

RM Kirchmeyer macht auf einen Widerspruch aufmerksam. Nach den Ausführungen in der Vorlage befürchte der Architekt der Haltestelle Heumarkt durchaus negative Auswirkungen durch eine Umgestaltung.

SE Arenz bittet um Mitteilung, ob auch Erfahrungen aus anderen Ländern vorliegen.

Die Frage wird von Herrn Höhn verneint. Die Gesetzgebung sei jedoch auch landesspezifisch sehr unterschiedlich. An RM Kirchmeyer gewandt, weist er zudem daraufhin, dass der Entwurf mit den Glasbausteinen vom Architekten stamme. Dieser habe lediglich den Auftrag erhalten, die Machbarkeit zu prüfen.

Abschließend bittet Ausschussvorsitzender Waddey die aufgeworfenen Fragen möglichst frühzeitig vor der Ratssitzung zu beantworten und stellt den Vorschlag, die Vorlage ohne Votum in die weiteren Gremien zu verweisen, zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in die weiteren Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.9 nicht belegt

5.10 Förderprogramm des Bundes für Investitionen in nationale Welterbestätten hier: Zuwendungsantrag für das Projekt "Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium", Erhöhung der Auszahlungsermächtigung in 2012 und 2013, und Freigabe investiver Auszahlungsermächtigung 3690/2010

Ausschussvorsitzender Waddey stellt fest, dass die Dringlichkeit gegeben sei; gleichwohl handele es sich hier um eine Vorlage mit erheblichen finanziellen Auswirkungen, die noch nicht in den Fraktionen beraten werden konnte, so dass er vorschlage, sie ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Hinsichtlich der angegebene Deckung aus dem Teilfinanzplan 1202 bittet er noch um Mitteilung, welche Maßnahmen zurückgestellt werden.

BG Streitberger erwidert, dass es sich um die Maßnahme „Brücke Auenweg“ handle, d.h. die Verlängerung der Fuß- und Radwegrampe auf der Nordseite der Hohenzollernbrücke über den Bereich der Rheinhallen in die MesseCity. Hier habe sich eine neue Sachlage ergeben, da die Deutsche Bahn erklärt habe, dass sie einen neuen Bahnsteig mit einem zusätzlichen Gleis bauen möchte. Dadurch habe sie jedoch einen zusätzlichen Flächenbedarf, so dass die gesamte – noch nicht fortgeschrittene - Planung mit der DB harmonisiert werden müsse. Die Verwaltung sehe jedoch auch die Chance, dass durch die Erweiterung nach Norden diese Rampe gut integriert werden könne. Zu den Beratungen des Haushaltsplanes 2012 werde die Verwaltung die hierfür erforderlichen Mittel mit den dann vorliegenden Erkenntnissen aus dem Verfahren MesseCity und Bahnhofserweiterung Deutz erneut vorlegen. Dass diese Mittel nun als Deckung herangezogen werden, stelle somit keine Verhinderung des Projektes dar.

Weiterhin erläutert BG Streitberger, dass die Verwaltung zwei Alternativen zur Beschlussfassung vorschlage. Kosteneinsparungen können zwar grundsätzlich geplant werden, indem die Oberflächen weniger aufwändig gestaltet werden, beispielsweise könne bei der Unterfahrung des Museums Ludwig auf eine neue Decke verzichtet werden. Er plädiere jedoch sehr dafür, dies nicht zu tun. Mit Hilfe des Bundes habe die Verwaltung die Chance, hier endlich einen würdigen Ort zu schaffen; es sollte daher genau überlegt werden, welche Qualität und welchen Standard man hier einbringe. Die Kostenschätzungen beruhen sicherlich noch auf einem frühen Stand der Planung; gleichwohl sei von Anfang an sehr intensiv mit dem Architekturbüro und einem Ingenieurbüro zusammen gearbeitet worden, so dass die Kostenschätzungen als seriös angesehen werden können. Der Förderantrag sei fristgerecht zum 15.09. gestellt worden; ein Ratsbeschluss am 25.11. reiche nicht, da die Fördermittel – Mittel aus dem Konjunkturpaket I - bereits im November ausgezahlt werden sollen.

RM Tull erkundigt sich, ob ein Beschluss über die teurere Variante Auswirkungen auf weitere Maßnahmen des Städtebaulichen Masterplans hätte. Ihre Fraktion hege die Befürchtung, dass bei einer entsprechenden Beschlussfassung keine Mittel mehr für andere Maßnahmen vorhanden seien.

BG Streitberger legt dar, dass die noch vorhandenen Mittel aus diesem und aus dem nächsten Jahr hierfür benötigt werden. Dies bedeute, dass für den Masterplan hoffentlich noch einiges an Planungsmittel übrig bleibe, jedoch nicht an Baumitteln. Es gebe aber durchaus Projekte des Masterplans, die in anderen Etats – beispielsweise beim Amt für Straßen und Verkehrstechnik - veranschlagt seien. Er verweist hierzu auf die heutigen Beschlussfassungen der Maßnahmen Spichernstraße und Unter Sachsenhausen. Auch die Umgestaltung des L.-Fritz-Gruber-Platzes und der Bereich um Kolumba seien aus seiner Sicht Maßnahmen i.S.d. Masterplans. Die Verwaltung sei auch künftig in der Lage, Maßnahmen umzusetzen; die Beteiligten des Workshops vertreten jedoch die Auffassung, dass dem nun in Rede stehenden Projekt absolute Priorität eingeräumt werden sollte. Abschließend weist BG Streitberger darauf hin, dass die Bearbeitung des Projektes große personelle Kapazitäten binde. Diesbezüglich müssen insbesondere im Amt für Brücken und Stadtbahnbau noch weitere Überlegungen und Abstimmungen erfolgen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in die weiteren Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Brücke Aachener Weiher Anfrage des Ratsmitgliedes Thor-Geir Zimmermann vom 05.09.2010 - AN/1593/2010 3935/2010

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Auf Nachfrage des RM Zimmermann erläutert BG Streitberger die Historie dieser Maßnahme, die bereits auch mehrfach im hiesigen Ausschuss beraten wurde.

6.2 Querungshilfen auf dem Schiefersburger Weg hier: Anfrage des RM van Geffen aus der Sitzung des Verkehrsaus- schusses vom 07.09.2010, TOP: 8.7 3894/2010

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

Auf die Kritik des RM van Geffen über die zögerliche Umsetzung dieser Maßnahme entgegnet BG Streitberger, dass die Verwaltung unzählige Beschlüsse von immerhin neun Bezirksvertretungen umsetzen müsse. Er bitte um Verständnis, dass diese – auch aufgrund der Finanzlage - nur sukzessive nach einer Prioritätenliste abgearbeitet werden können.

6.3 Venloer Straße Einbahnstraße Anfrage des RM Zimmermann aus der Sitzung des Verkehrsaus- schusses vom 07.09.2010, TOP 1.6 3976/2010

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

RM Zimmermann äußert seine Sorge, dass Autofahrer nicht genügend Rücksicht nehmen werden auf die Radfahrer, die zwischen den Verkehren fahren müssen, da der bestehende Radweg bereits jetzt von Lieferverkehren zugeparkt werde. Auch den zu Frage 5 gemachten Ausführungen der Verwaltung könne er nicht folgen; hier habe er eine andere Wahrnehmung.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass diese Aspekte bereits vor vielen Jahren ausführlich im hiesigen Ausschuss und in der Bezirksvertretung vertiefend diskutiert wurden. Die Unfalldaten der Venloer Straße seien in etwa viermal höher gewesen als in der Neusser Straße, so dass die Verwaltung die Umgestaltung klar präferiere und für sinnvoll erachte.

RM Kirchmeyer merkt abschließend an, dass sie den Planungen anfangs sehr skeptisch gegenüber gestanden habe, die Umgestaltung nun jedoch sehr positiv sehe.

6.4 Tempo 50 Riehler Straße
hier: Anfrage des RM Zimmermann aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 07.09.2010, TOP 1.4
3995/2010

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.5 Schutzstreifen für Radfahrer auf der Vorgebirgstraße
hier: Nachfragen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 29.06.2010, TOP 5.1
3762/2010

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Radtouren in Köln
3566/2010

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln; hier: Schanzenstraße - Einrichtung einer Buslinie zur Interimsspielstätte der Oper
Hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 11.05.2010, TOP 4.5
3559/2010

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.3 Buslinie Schanzenstraße/Opernbus
3932/2010

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.4 Verkehrssimulation der Kreuzung Nord-Süd Stadtbahn mit dem Gustav-Heinemann-Ufer
4021/2010

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Aufgang Zülpicher Straße/Südbahnhof Anfrage des RM Tull

RM Tull erinnert an die noch ausstehende Beantwortung.

8.2 Haltestelle Hansaring Anfrage des SE Vietzke

SE Vietzke erinnert an seinen Hinweis über den sehr ungepflegten und verwahrlosten Zustand der Haltestelle Hansaring aus einer der vergangenen Sitzungen. Nach seinen Beobachtungen sei hier bisher nichts passiert.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, erklärt seine Zuständigkeit und sagt eine Stellungnahme zu.

8.3 Querungshilfe an der Eiler Straße/Schloss Röttgen Anfrage des RM dos Santos Herrmann

RM dos Santos Herrmann erkundigt sich, ob auf der Eiler Straße Richtung Ortsausgang am Schloss Röttgen eine weitere Querungshilfe – zusätzlich zu den bereits geplanten – errichtet werden könne; die Abstände seien ansonsten zu groß.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt eine Stellungnahme für die kommende Sitzung zu.

8.4 Dürener Straße, Abschnitt zwischen Militärringstraße und Autobahn Anfrage des RM Kron

RM Kron erinnert an die seinerzeitigen Planungen vor der Fußball-Weltmeisterschaft, auf der Dürener Straße eine verkehrsgesteuerte Lichtsignalanlage zu errichten und bittet um Mitteilung, ob die Planungen immer noch aktuell seien. Insbesondere für den Abschnitt zwischen Autobahn und Salzburger Straße müsse eine Lösung gefunden werden.

BG Streitberger weist eingangs darauf hin, dass die Straße in der Straßenbaulast des Landes liege. Gleichwohl habe die Verwaltung – in Abstimmung mit dem Land - vor Beginn der Weltmeisterschaft Planungen für eine Fahrstreifensignalisierung – mit Lichtsignalbrücken - erarbeitet und Fördermittel beantragt. Die Maßnahme sei jedoch vom Landschaftsbeirat als Eingriff in das Landschaftsbild gewertet und von diesem letztendlich abgelehnt worden. Die Verwaltung sei anschließend zu der Auffassung gelangt, dass das Projekt – umfassend von der Autobahn bis zur Militärringstraße - beim Straßenbau Landesbetrieb weiterbetrieben werden sollte; ergänzend zu dem Projekt werde ein landschaftspflegerischer Begleitplan erstellt. Die Fördermittel seien nach wie vor zugesagt. BG Streitberger zeigt sich zuversichtlich, dass diese Planungen den zuständigen Gremien bereits in Kürze vorgestellt werden können.

8.5 Ausfall der LSA Am Bilderstöckchen/Escher Straße Anfrage des RM van Geffen

RM van Geffen berichtet, dass im Bereich Am Bilderstöckchen/Escher Straße die dortige Lichtsignalanlage bereits vor einigen Monaten ausgefallen sei. Das Provisorium

funktioniere zwar gut; seitens der Bürger wurde jedoch die Frage aufgeworfen, wann ein endgültiger Umbau erfolge.

8.6 Aufzüge an Haltestellen Anregung des SE Arenz

SE Arenz berichtet, dass kürzlich an der Haltestelle der Linie 13, Amsterdamer Straße, der Aufzug ausgefallen sei. Hierbei sei ihm hierbei aufgefallen, dass Hinweisschilder mit einem Ansprechpartner fehlen, bei dem die Störung gemeldet werden könne. Er bittet die KVB, diese Anregung aufzugreifen.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, teilt mit, dass an den Aufzügen grundsätzlich entsprechende Aufkleber angebracht seien. Ggf. müsse an der konkreten Örtlichkeit nachgebessert werden.

- Ende des öffentlichen Teils -